

## 7. Der Neue Kurs, 1888-1897

### 0. Übersicht

1. Innere Krise
2. Bismarcks Sturz
3. Das "persönliche Regiment"

### 1. Innere Krise

Heutige Vorlesung über zentralen Wendepunkt in polit. Geschichte des KR:

- Thronbesteigung WII.
- Bismarcks Sturz
- Der Beginn der Wilhelminischen Ära

Hintergrund der polit. Entwicklung: Wechselbad der wirtschaftl. Konjunktur, das allg. Stimmung maßgeblich beeinflusste. Wenige fette und viele magere Jahre führten zu fortlaufenden Stimmungsumschwüngen, wobei unerschwellige Depression als Resultat langfristiger "Großer Deflation" obsiegte. Krise 1873-95 hinterließ nachhaltige Wirkung auf die Politik.

Herbst 1886: Beginn eines steilen Aufschwungs, Hochkonjunktur. Gründung von 1.000 neuen AGs mit Stammkapital von mehr als 1 Mrd. M. Motor der Konjunktur noch einmal Schwerindustrie. Überproduktion abgebaut, Preise steigen wieder. Wertsteigerung 1887-90:

Eisen: 120%

Stahl: 140%

Ruhrkohle: 115%

Dementsprechend Steigerung der Produktion:

Eisen: 4.03 auf 4.66 Mio t

Stahl: 3.36 auf 3.69 Mio t

Ruhrkohle: 30.15 auf 35.47 Mio t.

Die Zuwachsraten beeindruckend, erreichen aber nicht Raten von vor 1873

Immerhin stiegen nun auch Beschäftigungszahlen:

Stahl: 88.829 auf 105.751

Ruhrbergbau: 99.543 auf 127.794

Auch Steigerung der Löhne:

Durchschnittl. Arbeitseinkommen steigt um 15%

Industrielle Reallöhne immerhin um 7%.

Dadurch entstand eine starke Binnenkonjunktur, die trotz Stagnation der Exporte Wirtschaftsaufschwung anheizte.

Erneut waren aber Spekulation und Überproduktion zu weit gegangen. Anfang 1889 brach das Londoner Bankhaus Baring zusammen und löste in ganz Europa eine Banken- und Kreditkrise aus. Folge: erneute Preisdeflation.

Gründung neuer AGs mehr als halbiert.

Allg. Preisindex geht von 104.2 auf 91.3 Punkte zurück. Eisen, Stahl und Kohle verlieren zwischen 18 und 52 Indexeinheiten.

Nur noch geringe Produktionssteigerungen. Arbeitsmarkt in Schwerindustrie stagnierte, nur Ruhrkohle nahm weiter zu. Reallöhne stiegen nur noch geringfügig. Binnenkonjunktur brach erneut ein. Dafür aber stieg jetzt der Export, gefördert durch Politik der Regierung, mit fünffacher Zuwachsrate an.

Wenn auch insgesamt keine Rezession (Schrumpfung) eintrat, so lösten doch Stagnation und verlangsamtes Wachstum angesichts böser Erfahrungen der Vergangenheit erneut Krisenstimmung aus.

Diese relativ kurzfristigen Stimmungsschwankungen wurden jedoch von grundsätzlichen politischen Paradigmenwechseln überlagert, die eine Folge der seit 1873 andauernden Langzeitkrise waren. Die Auswirkungen der sogenannten Großen Depression für die polit. Entwicklung Dtlands können gar nicht überschätzt werden. Sie wurden für Generationen prägend.

Es war ein unglückliches Zusammentreffen, daß die erste langfristige Weltwirtschaftskrise seit dem Durchbruch der industriellen Revolution, die erste große Strukturkrise der industriell dominierten Wirtschaft und obendrein auch noch das Einsetzen der säkularen europ. Argarkrise über das neue Reich kurz nach dessen Gründung hereinbrachen. Zu diesem Zeitpunkt waren die polit. Strukturen noch nicht gefestigt. Der mühsam erreichte Verfassungskompromiß rief eine Art Schwebezustand hervor, und die politische Kultur hatte noch keine wirkliche Orientierung gefunden. Es war keineswegs ausgemacht, welchen Weg das Reich in seiner inneren Entwicklung einschlagen würde. Bismarck selbst hatte sich zunächst noch nicht entschieden, ob er zu einer konservativ-autoritären Politik der Besitzstandswahrung zurückkehren, oder ob er die Revolution von oben durch vorsichtige liberale Reformen weiterführen wollte. Wie wir gesehen haben hat die große Krise ihn von der liberalen Option weggeführt. Das Ergebnis war der autoritäre Interventionsstaat, der im Interesse der verbündeten konservativen Eliten auch nicht vor einer Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien zurückscheute, wenn es um die Durchsetzung

rabiater Unterdrückungspolitik gegenüber Oppositionsgruppen ging. Egoistischer Solidarprotektionismus von Junkern und Schwerindustriellen auf Kosten der breiten Massen, Klassenjustiz, Polizeiwillkür, kaum gebremster Militarismus, hemmungslose Demagogie, das künstliche Erzeugen innen- und außenpolit. Krisen zum Zwecke der Ablenkung von den eigentlichen Problemen, Chauvinismus und Imperialismus, und schließlich eine weit verbreitete Unterwerfungshaltung gegenüber der Macht - das war der Politikstil, der sich angesichts der Krise im DR entwickelte. Von liberaler Aufbruchstimmung, Reformeifer, zukunftsorientiertem Optimismus wie zu Beginn der 70er Jahre war Ende der 80er Jahre nur noch wenig übriggeblieben. So hatte sich eine schwere Hypothek für die weitere Entwicklung aufgebaut.

Für all dies war Bismarck keineswegs allein verantwortlich. Zum großen Teil reagierte er nur auf eine immer unsolidarischer werdende Gesellschaft, die den hemmungslosen Egoismus von Individuen, Gruppen und Klassen unter dem Druck der Krise zum beherrschenden Prinzip erhob. Statt der klassenlosen Bürgergesellschaft, von der die Liberalen einst geträumt hatten und die noch im Gemeinschaftsgefühl der Nationalbewegung positiven Ausdruck gefunden hatte, stand nun der Existenzkampf jeder gegen jeden auf der Tagesordnung.

Es war kein Zufall, daß gerade in jener Zeit die neue Ersatzreligion des Sozialdarwinismus in bürgerlichen Kreisen um sich zu greifen begann. Als 1859 der britische Naturforscher Charles Darwin sein Buch "On the Origin of Species" veröffentlichte, schlug die darin enthaltene Evolutionstheorie international wie eine Bombe ein. In feinen Salons, in Gaststätten und auf der Straße wurde fortan amüsiert oder aufgeregt die Frage diskutiert, ob der Mensch tatsächlich vom Affen abstamme. Noch mehr Eindruck machte allerdings seine Behauptung, daß die Entwicklung der Arten von natürlicher Auslese abhinge. Im täglichen Kampf ums Dasein sei Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen das entscheidende Überlebenskriterium. Aus dem "Survival of the Fittest" wurde dabei die popularisierte Vorstellung vom "Sieg des Stärksten", der damit auch jedes Recht besitze, nämlich das Naturrecht, sich über die Schwachen gnadenlos hinwegzusetzen.

In seinem 1871 veröffentlichten Buch "The Descent of Man" leistete Darwin der Vulgarisierung seiner eigenen Forschungsergebnisse obendrein Vorschub, als er sie auf die Entwicklung der Menschheit anwandte. So rechtfertigte er den Imperialismus als den Sieg der "zivilisierten Nationen" über die "barbarischen Völker", die im natürlichen Ausleseprozeß intellektuell nicht mithalten konnten. Er sprach sogar vom Erfolg der "sogenannten arischen Rasse", die sich insbesondere in den Triumphen der britischen Expansion ausdrücke.

Diese neue Ideologie paßte wunderbar in die Zeit, als die große Krise einsetzte. Nicht nur, aber gerade auch in Dtland fand sie unter den Oberklassen begeisterte Anhänger. Schließlich war sie ja nicht nur geeignet, den nunmehr einsetzenden Imperialismus zu rechtfertigen, sondern ließ sich auch wunderbar für den Klassenkampf von oben verwenden. So verkündete etwa Alexander Tille, ein Sprachrohr schwerindustrieller Interessen:

das "Darwinsche Gesetz des Kampfes ums Dasein liefert die Grundlage für den Sieg der Begabteren und Tüchtigeren, während die Untüchtigsten unfehlbar zugrunde gehen".

Der "Rassenanthropologe" Otto Ammon wurde noch deutlicher, als er die Arbeitslosen als jene Schicht identifizierte, "in welcher das Unterliegen im Kampf ums Dasein bereits besiegelt ist". Derlei Äußerungen lassen sich zu Hauf zitieren. Die Gesellschaft wurde damit zur gnadenlosen Kampfarena erklärt nach dem Motto: jeder für sich und Gott gegen alle. Kein Wunder also, daß die politischen und sozialen Verhaltensweisen in jener Phase immer mehr verrohnten. - Von hier aus war es übrigens nur ein kurzer Schritt, bis der "Kampf ums Dasein" auch auf das Verhältnis zwischen ganzen Nationen angewandt wurde. V.a. Militärs und rechtradikale Agitatoren griffen diese Gedanken in der Folgezeit mit Vorliebe auf, bis sie im 1.WK die Probe auf Exempel machen konnten, wer der Stärkere im Überlebenskampf war.

Parallel zur Verbreitung des Sozialdarwinismus kam Ende der 1870er Jahre eine neue polit. Bewegung auf, die an die niedrigsten Instinkte appellierte: der völkische Antisemitismus. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der dt Orientalist Paul Lagarde auf der Grundlage der Rassenlehre des französischen Schriftstellers Garf Gobineau einen neuen, nämlich rassistisch geprägten Antisemitismus propagiert, der die Juden nicht mehr nur als fremdartige Religionsgemeinschaft sondern als ein die "arische Rasse" verunreinigendes Element diffamierte. Adolf Stoecker, seit 1874 Hofprediger bei WI, griff diese Vorstellungen auf, um sie zum Kerngedanken einer neuen, antiliberalen und antisozialistischen Partei zu machen. Die von ihm 1878 gegründete "Christlich-Soziale Partei" sollte mit Hilfe des völkischen Antisemitismus die staatstragenden Kräfte um Krone und Altar sammeln. Die Juden seien ein "fremder Tropfen in unserem Blut", sie führten eine parasitäre Existenz auf Kosten des Dten Volkes und müßten deshalb ausgeremert werden. Es gehe jetzt um einen Krieg "Rasse gegen Rasse" und damit um "Sein oder Nichtsein" des dten Volkes. Die Juden seien zuerst aus Berlin und dann aus Dtland zu vertreiben, notfalls mit Gewalt.

In diesen Reden Stoeckers kam der ganze Haß auf die Moderne und die damit verbundene Judenemanzipation zum Ausdruck. Die in der Wirtschaftskrise hervorgetretenen negativen Seiten von Kapitalismus und Industrialisierung,

die rücksichtslose Geschäftemacherei aber auch die angeblich verachtenswerten liberalen Ideen und sogar die drohende sozialistische Gefahr wurden jetzt den wirtschaftlich relativ erfolgreichen, politisch bei Liberalen und Sozialdemokraten überrepräsentierten 500.000 dten Juden angelastet.

Stoeckers Bewegung fand tatsächlich Anklang, seine Veranstaltungen in Berlin waren gut besucht und erregten Aufsehen. In Heinrich v. Treitschke und anderen fand er wertvolle Mitstreiter, die sich wie Dr. Ernst Henrici oft nicht entblödeten zu behaupten, die Juden seien rassisch minderwertig, krumm gewachsen und schon am Geruch zu erkennen. Man vergleiche nur ein preußisches Gardebataillon mit einem "Rudel Judenjungen". Auch andere Agitatoren gründeten in den 1880er Jahren antisemit. Parteien. Doch gerade in ihrer dadurch eintretenden Zersplitterung lag die Schwäche dieser Bewegung. Mehr als 300.000 Anhänger konnte sie nie gewinnen. Im Reichstag erreichte sie höchsten 17 Abgeordnete, meist deutlich weniger. Dieser "Radau-Antisemitismus", wie es damals hieß, blieb parteipolitisch eine Randerscheinung.

Das eigentlich Erschreckende war vielmehr, wie sehr sich führende Kreise der Gesellschaft zu dieser Bewegung hingezogen fühlten. So zählte Generalstabschef Graf Waldersee zu den glühendsten Anhängern Stoeckers, während offener Antisemitismus zum guten Ton im Offizierskorps gehörte. Selbst Bismarck, dem der Extremismus Stoeckers nicht gefiel, unterstützte ihn heimlich mit finanziellen Zuwendungen. So wurde der völkische Antisemitismus gesellschaftsfähig gemacht. Hier wuchs eine Pflanze heran, die böse Früchte tragen sollte. - Wenn jedoch Daniel Goldhagen vor ein paar Jahren behauptete, die Dtschen hätten schon im Kaiserreich ihr nationales Projekt, den "eliminatorischen Antisemitismus", verfolgt, dann verkennt er die Realitäten völlig. Hier war einstweilen nur eine kleine Minderheit am Werke, wobei es besonders pikant ist, daß Goldhagen trotz seiner weitreichenden Thesen Adolf Stoecker noch nicht einmal kennt. Allerdings muß festgehalten werden, daß es die Kombination von Sozialdarwinismus und rassischem Antisemitismus war, die später einen Adolf Hitler und einen Heinrich Himmler umtrieben.

Die skandalträchtigen Vorgänge um Stoecker warfen aber auch bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse innerhalb des Herrscherhauses der Hohenzollern. Der alte Kaiser WI. weigerte sich, trotz wütender Proteste einflußreicher Persönlichkeiten, standhaft, zu Stoecker auf Distanz zu gehen. Vielmehr brachte er seinem Hofprediger mehrfach sein Wohlwollen zum Ausdruck. Der liberale Kronprinz und dessen englische Gemahlin waren über diese Verhaltensweise des alten Herrn entsetzt. Öffentlich verkündete der Kronprinz, daß er sich der antisemitischen Hetzkampagne schäme. Anfang

1880 nahm er sogar demonstrativ in der vollen Uniform eines preußischen Generalfeldmarschalls an einem Gottesdienst in der Berliner Synagoge teil. Die Kluft zwischen dem inzwischen nur noch erzreaktionären und verstockten Kaiser und seinem Sohn konnte nicht größer sein. Diese Kluft bezog sich auf fast aller Felder der Politik, wünschte der Kronprinz doch die Bildung einer starken liberalen Partei, eines liberalen Regiments und außenpolit. eine Annäherung an GB. All dies stand auch Bismarcks Vorstellungen diametral entgegen, sodaß der Kanzler jahrelang den Tod des alten Kaisers und den Regierungsantritt dessen Sohnes fürchtete.

Aber WI lebte lange, zu lange. Als es mit ihm Anfang März 1888 dann doch zuende ging, war es für seinen Sohn bereits zu spät. Der Kronprinz, ein starker Zigarrenraucher, litt an unheilbarem Kehlkopfkrebs und hatte selbst nur noch wenige Monate zu leben. So kam alles auf den damals 29jährigen Enkel an. Der aber war ein Bewunderer seines Großvaters, war mit Waldersee eng befreundet, stand unter dem Einfluss des Sozialdarwinismus und hegte große Sympathien für Stoecker. Angesichts seiner menschlichen Gefühlskälte und seiner polit. Vorstellungen fürchteten sich seine Eltern geradezu vor ihm - wie sich zeigen sollte, zurecht.

Am 15. Juni 1888, knapp drei Monate nach seinem Vater, starb Kaiser FIII. am Ende monatelanger Qualen. Sein Nachfolger hieß Wilhelm II. Das Dreikaiserjahr, wie es im Volksmund hieß, schien Bismarck noch einmal Glück gebracht zu haben.

Liberal gesinnte Menschen und auch mancher Historiker, zuletzt John Röhl, haben das Unglück betrauert, das Dtland traf, weil die liberale Hoffnung FIII so früh verstarb. Doch muß man hier vor Legendenbildungen auf der Hut sein. Eine allzu personenbezogene Geschichtsbetrachtung unterschätzt die Wirkungsmächtigkeit wirtschafts- und sozialhistorischer Abläufe. Auch FIII hätte an der Wirtschaftskrise und den Veränderungen der polit. Landschaft wenig ändern können. Jeder Parlamentarisierungsversuch, wenn er ihn überhaupt riskiert hätte, wäre auf den erbitterten Widerstand der konservativen Fronde gestoßen. Aber immerhin: vernünftiger als sein Sohn hätte er sich wohl verhalten.

In Wirklichkeit war es für eine Wiederbelebung des liberalen Projekts bereits zu spät. Die große innenpolit. Wende von 1879/79 hatte zu einer grundlegenden Verschiebung in der Parteienlandschaft geführt, die sich als dauerhaft erwies. Die liberalen Parteien hatten die Mehrheitsposition im deutschen Zentralparlament verloren und sollten sie niemals mehr wiedererlangen. Trotz gelegentlicher Wahlerfolge war der dte Liberalismus strategisch in die Minderheit geraten und blieb fortan von Bündnissen mit anderen Gruppierungen abhängig. Hinzu kam die Tatsache, dass die Libs

endgültig aufgehört hatten an einem Strang zu ziehen. Bismarcks Politik des divide et impera hatte die Spaltung des Liberalismus verewigt. Zwischen den verschiedenen linksliberalen Gruppierung und den NL war eine tiefe Kluft entstanden. Während die Linkslib, lange Zeit unter der Führung des Doktrinärs Eugen Richter, fast durchweg in selbstgerechter Isolation verharrten, gerieten die NL unter Rudolg v. Bennigsen immer mehr ins konservative Fahrwasser und ersetzten Zug um Zug aufgegebenen liberale Positionen durch die Hinwendung zu Imperialismus und krakelendem Chauvinismus. Bei all dem bleibt allerdings festzuhalten, dass die NL auch weiterhin eine zentrale Rolle im bürgerlichen Lager spielten und geradezu eine Schlüsselfunktion in der konservativ-bürgerlichen Koalition spielten. So unterstützten sie nicht nur den Solidarprotektionismus der RL, sondern bildeten die parlamentarische Speerspitze in Rüstungsfragen und bei der Unterstützung einer auftrumpfenden imperialistischen Außenpolitik. Gerade Letzteres aber führte zu neuen Konflikten mit Bismarck, hatte der Kanzler doch von kolonialen Abenteuern die Nase voll.

Die Hauptnutznießer der Wende von 1878/79 waren die beiden konservativen Parteien. Zwar mußten sie bei den RT-Wahlen von 1881 noch einmal erhebliche Einbußen hinnehmen, doch danach gelang es ihnen insgesamt, sich in den 80er Jahren auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die kleinere Freikons. Partei, die Bismarck-Partei sans phrase, schnitt dabei nicht ganz so gut ab. Als reiner Honoratiorenclub von Großagrariern, Schwerindustriellen und deren Hilfstruppen fehlte ihnen der Unterbau für dauerhafte Wahlerfolge. Die Deutschkonservativen jedoch, die immer stärker zu einer rein großagrарischen Interessenpartei avancierten, mobilisierten die Wähler im ländlich-protestantisch geprägten Osten und profitierten dabei von der ungerechten Wahlkreiseinteilung. Diese Partei stand Bismarck allerdings nach wie vor kritisch gegenüber und unterstützte ihn nur solange, wie er agrarische Interessen förderte.

Das katholische Zentrum hatte sich nun für lange Zeit als stärkste Fraktion im RT etabliert. In den 80er Jahren wurde die Partei von einer Mischung aus ländlichem, modernisierungsfeindlichem und durchaus auch antisemitischem Populismus, agrarisch-schwerindustriellem und aristokratischem Konservatismus und städtisch-bürgerlichem Traditionalismus geprägt. Das Zentrum stellte deshalb einen Partner für konservative Politik dar, solange katholischen Gruppeninteressen wenigstens teilweise nachgegeben wurde.

So verfügte Bismarck über genügend Ansprechpartner für seine konservativ-rechtsliberal, reichspatriotisch orientierte Politik der Sammlung aller "Reichsfreunde". Zu deren Gunsten inszenierte er wahre Hetzkampagnen bei RT-Wahlen. Künstliche oder tatsächliche außenpolit. Krisen, das Thema Kolonialismus 1884, sorgfältig geschürte Sozialistenfurcht etc. mussten als

Wahlparolen erhalten. Bis auf 1881 blieb der Erfolg nicht aus, wie die Wahlergebnisse demonstrierten:

#### Wahlergebnisse der wichtigsten Reichstagsparteien 1878-1887

	1878	1881	1884	1887
Deutschkons.	59	50	78	80
Freikons.	56	27	28	41
Nationallibs.	98	45	51	99
Zentrum	93	98	99	98
Linkslib. Parteien	29	114	74	32
Sozialdemokraten	9	12	24	11

Der dabei erreichte polit. Mobilisierungseffekt war allerdings erstaunlich. So stieg die Wahlbeteiligung kontinuierlich an, von 56,1% (1881), über 60,3% (1884), auf 77,2% (1887). Politik wurde somit zu einer Massenveranstaltung. Dies war nicht unbedingt im Interesse der RL, denn tendenziell begünstigte dieser Trend die modernen Massenparteien zuungunsten der traditionellen Honoratiorenparteien. V.a. aber wurde durch die hohe Wahlbeteiligung die Stellung des RT im polit. Gefüge des Reiches aufgewertet. Tatsächlich war der Einfluß des RT im Steigen begriffen, was ja durch Bismarcks Bemühen um regierungsfreundliche Mehrheiten und seinen Einsatz bei Wahlkämpfen auch zum Ausdruck kam. Überdies zeigte sich, dass der RT bei den zunehmenden gesetzgeberischen Massnahmen gebraucht wurde. V.a. aber das Budgetrecht verlieh dem RT eine starke Stellung. Dennoch: diese Stellung blieb vornehmlich negativ, basierte also auf der Ablehnung von Regierungsvorlagen. Gestalterischen Freiraum zur Durchsetzung eigener polit. Vorstellungen gewannen die Parlamentarier nicht. Mittelfristig bestand daher die Gefahr einer gegenseitigen Blockade von Parlament und Reichsleitung.

Bismarcks charismatischer Persönlichkeit gelang es in den 80er Jahren, mit Hilfe der Sammlungspolitik diese Gefahr zu bannen. Die von ihm geschaffenen Parteienbündnisse erwiesen sich insgesamt als willfähige Partner der RL. Einen Höhepunkt erreichte die Sammlungspolitik bei den RT-Wahlen 1887. Unter dem Eindruck der zweifachen Kriegskrise nach außen und dem dramatisch hochgespielten Kampf um eine Heeresvorlage nach innen, gelang dem konservativen-nationalliberalen "Kartell"-Bündnis ein großer Wahlsieg. Bismarcks innenpolit. Position schien erneut für lange Zeit gefestigt, zumal wenige Monate später der frühe Tod Füll. auch im Herrscherhaus die liberale Gefahr bannte.



## 2. Bismarcks Sturz

Das Dreikaiserjahr schien Bismarcks Position gefestigt zu haben. Es stellte sich aber schon bald heraus, dass der neue Kaiser WII alles andere als ein Freund Bismarcks war. Der junge Mann war körperlich seit Geburt behindert, seelisch durch eine verfehlte Erziehung tief verletzt, nur mäßig begabt und allenfalls durchschnittlich intelligent und obendrein schlicht faul. All diese Defekte kompensierte er durch Gefühlskälte, Herrschsucht und Größenwahn. Sein Biograph John Röhl geht soweit, den jungen Kaiser zu einem schwer gestörten, psychopathisch veranlagten Menschen zu erklären. Bereits vor seinem Regierungsantritt hatte er sich mit einer Gruppe schmeichlerischer Hofschranzen umgeben, die in ihrem intriganten Byzantinertum den Größenwahn des künftigen Monarchen nach Kräften förderten. Zu den herausragenden Mitgliedern dieser Clique zählten GS-Chef Graf Waldersee, Philip Eulenburg, sowie die Diplomaten Friedrich Holstein und Bernhard v. Bülow. Hauptzielscheibe ihrer Intrigen war der alte Kanzler, den sie zu beerben trachteten. Dabei half ihnen zweifellos der Generationenkonflikt zwischen dem alten Mann und dem jungen, tatendurstigen Thronerben, der die Schalthebel der Macht in die eigenen Finger bekommen wollte. Bismarck, dessen Sohn Herbert als eine Art Under-cover-Agent in der Clique um WII mitkugelte aber erfolglos um Einfluß rang, war sich der Gefahr wohl bewußt. Er tat deshalb alles, um sich unentbehrlich zu machen.

Doch die Zeit arbeitete gegen ihn. Bismarck zeigte zunehmend Anzeichen von Altersstarrsinn. Auf die Interessen seiner Partner nahm er immer weniger Rücksicht. Andererseits drifteten die Kartellparteien nach dem Wahlsieg von 1887 zunehmend auseinander. Während die Kons noch mehr Agrarprotektionismus, noch mehr Härte gegen Russland und ein noch schärferes Vorgehen gegen die Sozis verlangten, hielten die NL das Sozialistengesetz für gescheitert, verlangten aber eine aggressive Kolonialpolitik und eine Begünstigung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft. All diese Erwartungen enttäuschte der Kanzler, der einen kraftlosen Mittelkurs verfolgte. Obendrein brachte er auch noch die militärischen Spitzen mit seiner harten Ablehnung des Präventivkriegsgedankens gegen sich auf. Bismarcks Annäherungsversuche an das Zentrum sorgten zusätzlich für Verstimmung unter den antiklerikalen Kreisen bei Hofe.

In dieser Lage setzte der Kanzler auf Crash-Kurs. Um sich unentbehrlich zu machen, wollte er eine schwere innenpolit. Krise provozieren. So legte er ein radikal verschärftes Sozialistengesetz vor, von dem er genau wußte, dass es das Kartell sprengen würde. Die Vorlage scheiterte schließlich im Parlament, und das Sozialistengesetz war damit aufgehoben. Die NL und die Kons waren auseinander gedriftet.

Bewußt trieb der Kanzler die Kartellparteien bei den Wahlen im Februar 1890 so in eine schwere Niederlage. Die Kons verloren 7 Mandate, Freikons und NL wurden mehr als halbiert. Die Linkslib und das Zentrum gewannen deutlich dazu. V.a. verbesserten sich Sozis von 11 auf 35 Mandate. Nun konnte Bismarck den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören. Finster drohte er mit der Abschaffung des RT-Wahlrechts, der Oktroyierung einer neuen Verfassung durch den BR und damit unverhohlen mit dem Staatsstreich, ja mit Bürgerkrieg. Der KM entwarf am 12. März in Bismarcks Auftrag einen Erlass an die Kommandierenden Generale, sich auf den unmittelbar bevorstehenden Umsturzversuch durch die Sozis vorzubereiten. In einem solchen Konflikt wäre der Kanzler für den Kaiser in der Tat unentbehrlich geworden, und er hätte seine Position auf lange Zeit gesichert.

Dieses Hasardspiel wirkte jedoch auf Bismarcks parlamentarische Wunschpartner alles andere als anziehend. Sowohl das Zentrum als auch die DKP verweigerten dem Kanzler jetzt die Gefolgschaft, während sich die verbitterten NL sowieso in den Schmollwinkel zurückzogen und Rache schworen. Ganz besonders erschrocken aber reagierten der Kaiser und seine Umgebung. Nur um Bismarcks Machterhalt willen wollten sie sich keineswegs in eine womöglich blutige Staatskrise treiben lassen. Es mußte jetzt schnell gehandelt werden, um Bismarcks drohenden Amoklauf zu stoppen, zumal Bismarck auch noch Anstalten machte, sich die Forderung nach einem Präventivkrieg zueigen zu machen und durch schwere internationale Verwicklungen einen Kanzlerwechsel gänzlich auszuschließen. Daher beschloß WII am Abend des 14. März, nach intensiven Gesprächen mit seinen Beratern, Bismarck am nächsten Morgen zum Rücktritt zu zwingen. So geschah es. Nach einer eiskalten Konfrontation zwischen den beiden Männern kam es zum Bruch, und der Kanzler reichte am 18. März seinen Rücktritt ein, der ihm sofort gewährt wurde. Eine Ära war zuende gegangen.

“Bismarcks Entlassung”, unter den Nazis mit Emil Jannings und Werner Hintz dramatisierend verfilmt, wurde schon von Zeitgenossen, noch mehr aber von nachfolgenden Generationen als katastrophaler Fehler des machtbesessenen jungen Kaisers betrachtet. Doch hier war Legendbildung am Werk, zu der der Altkanzler selbst entscheidend beitrug. Von seinem Alterssitz Friedrichsruh in Holstein aus, hetzte er bis zu seinem Tode unablässig gegen seine Nachfolger, aber auch gegen den undankbaren Kaiser. Je länger und je erfolgloser der Kaiser regierte, desto mehr fand Bismarcks Propaganda v.a. bei der neuen Rechte begeisterte Zustimmung. Betrachtet man die Dinge jedoch realistisch, so wird man WII zubilligen müssen, daß er gar nicht anders handeln konnte, denn der Kanzler war zu einem öffentlichen Sicherheitsrisiko geworden. Bismarcks Entlassung war vielleicht die beste Tat in der Regierungszeit Wilhelms II. Selbst sein sonst so kritischer Biograph John Röhl ist geneigt ihm diesen Punkt zuzugestehen.

Dabei hatte Bismarck zweifellos große Verdienste. Er war vielleicht der raffinierteste Politiker, der je eine deutsche Regierung führte. Doch vor allem die letzten 12 Jahre seiner Amtszeit hinterließen einen bitteren Nachgeschmack. In dieser Phase hatte er fast wie ein Diktator regiert, den Rechtsstaat mit Füßen getreten, das innenpolit. Klima vergiftet und der allgemeinen polit. Kultur schwer geschadet. Das sah mancher Zeitgenosse auch so, wie die beiden folgenden Zitate belegen.

Sein Nachfolger Caprivi meinte:

“Indem er die in der äußeren Politik zulässigen Mittel skrupellos auch auf die inneren übertrug, indem er unseren ... Beamtenstand zum Servilismus erzog, indem er jeden Widerspruch persönlich nahm und die Charaktere beugte oder entfernte, hat er Schaden getan ..., der lange nachwirken wird.”

Noch härter urteilte der Althistoriker und Abgeordnete Theodor Mommsen:

“Der Schaden der Bismarckschen Periode ist unendlich viel größer als ihr Nutzen, denn die Gewinne an Macht waren Werke, die bei dem nächsten Sturm der Weltgeschichte wieder verlorengehen. Aber die Knechtung der deutschen Persönlichkeit, des deutschen Geistes, war ein Verhängnis, das nicht mehr gutgemacht werden kann.”

Zumindest sollte es sehr lange dauern, bis der Bürgergeist wieder aufrecht ging.

### 3. Das “persönliche Regiment”

Nach Bismarcks Sturz jedenfalls waren - statt aufrechtem Gang - Hybris und Byzantinertum angesagt. Der bayerische Diplomat Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst beobachtete bereits im Juni 1890 bei einem Berlinbesuch,

“daß die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich. Während früher unter dem vorwiegenden Einfluß des Fürsten Bismarck die Individuen eingeschrumpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat. Das hat ... seine Gefahren.”

Tatsächlich hinterließ Bismarck ein Machtvakuum, das bis in den 1. WK hinein nicht mehr gefüllt wurde. Der Verfassungskompromiss von 1871 war ja auf einen starken RK zugeschnitten. Er allein konnte die miteinander konkurrierenden Kraftzentren des Reiches im Zaum halten und ihnen die polit. Richtung angeben. Doch nach Bismarck wurden keine willensstarken und

kompetenten Berufspolitiker mehr zum RK ernannt, sondern nur noch befehlsgewohnte Militärs, Diplomaten und Beamte. In seinem größtenwahnsinnigen Cäsarismus wollte WII nämlich die Geschäfte selber führen. Das romantisch verklärte neo-absolutistische "persönliche Regiment", wie es jetzt hieß, entbehrte jedoch jeder Grundlage. Weder war der Kaiser von der Verfassung her befugt, die Regierungsgewalt direkt zu übernehmen, noch verfügte WII über die persönlichen Voraussetzungen, um eine derart schwierige Aufgabe zu auszufüllen. Dazu fehlten ihm Intelligenz, Fleiß und Geschick. Stattdessen hatte er nur geschwollene Ankündigungen, herausforderndes Verhalten, abwechselnd Wutausbrüche und sentimentale Anwandlungen, Peinlichkeiten und Entgleisungen zu bieten.

Der russ. Zar Alexander III. meinte schon damals über ihn:  
"C'est un garçon mal élevé et de mauvaise foi."

Demgegenüber versprach WII seinem Volk: "Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen." Doch seinen Gegnern drohte er: "Diejenigen, welche sich Mir ... entgegenstellen, zerschmettere ich." - Aus den herrlichen Zeiten wurde dabei genausowenig wie aus der Zerschmetterung der Gegner. Stattdessen zerschmetterte "Wilhelm der Letzte" sein Reich.

Daß es soweit kam, war wesentlich ein Resultat des unter WII entstehenden Regierungssystems. Der Kaiser und seine Hofschranzen hatten kein Interesse an der Entstehung starker Machtzentren. Das "Persönliche Regiment" bedurfte stattdessen noch mehr als Bismarcks Politik des divide-et-impera-Prinzips. So entstand ein System konkurrierender Kraftzentren, die alle geschwächt wurden und zur Entscheidungsfindung von der Krone abhingen. Allein im milit. Bereich entstanden 44 Immediatsstellen, die direkt dem Kaiser verantwortlich waren und untereinander keine Weisungen erteilen konnten. Ähnlich sah es in der Zivilverwaltung aus. Die RKs aber wurden in Abhängigkeit von der Krone gehalten und erlangten nie mehr Bismarcks überragende Stellung. Doch die Krone erwies sich als unfähig, die verwaiste Führungsposition auszufüllen. So entstand jenes polykratische Chaos im Regierungssystem, das für die Epoche des sogenannten Wilhelminismus prägend wurde. Dabei kamen rivalisierende Kraftzentren wie der aufstrebende und dennoch in seinen Wirkungsmöglichkeiten beschnittene RT, der BR und die Einzelstaaten, sowie wirtschaftliche Interessenverbände noch hinzu. Sie alle kämpften um Macht und Einfluß, schlossen Koalitionen und lösten sie auf, setzten sich jedoch niemals vollständig durch. Der systemtypische Zick-Zack-Kurs des Wilhelminismus hatte hierin seinen Ursprung. Das Ganze geriet somit zu einer schleichenden "permanenten Staatskrise", wie H-U Wehler treffend feststellt.

Dies wurde bereits unter Bismarcks unmittelbarem Nachfolger deutlich. Zur

allgemeinen Überraschung - auch des Betroffenen - ernannte WII den Berufssoldaten Leo v. Caprivi zum neuen RK. Dieser Mann war zweifellos gutwillig, honorig und keineswegs so unfähig, wie ihn seine Gegner und spätere Historiker darstellten. Er setzte sogar auf eine klare und insgesamt nicht unvernünftige Politik: Förderung des industriellen Wirtschaftswachstums auf Kosten der relativ leistungsschwachen Landwirtschaft, Abrücken von der nutzlosen und sogar schädlichen Kolonialpolitik, Annäherung an GB, Ausbau der seit Jahren vernachlässigten Armee, um den nunmehr zur Gewißheit werdenden Zweifrontendruck durch F und R auszugleichen. Doch bei all diesen Maßnahmen traf er auf den erbitterten Widerstand der Interessengruppen und Kraftzentren. Die geplante Heeresverstärkung wurde im Verlauf eines aberwitzigen Machtkampfes zwischen Kaiser und RT verwässert. Die Annäherung an GB blieb im Ansatz stecken, zumal der Kaiser mit unbedachten antibritischen Äußerungen das Mißtrauen Londons erregte. Die Kolonialpolitik stagnierte zwar, doch dafür regten sich wütende Proteste nicht nur der NL, sondern neuer radikalnationalistischer Agitationsverbände, die zur Plage des wilhelminischen Reiches werden sollten. Die industriefreundliche Handelsvertragspolitik brachte die Kons. und eine neue großagrarische Lobby gegen den RK auf, die ihn fortan mit allen Mitteln bekämpften. So verdarb es Caprivi mit allen, ohne neue Freunde zu gewinnen. Obendrein warf der sprunghafte Kaiser seinem Kanzler permanent Knüppel zwischen die Beine und machte ihm das Regieren unmöglich. Aus Friedrichsruh aber schoß der verbitterte Bismarck einen Giftpfeil nach dem anderen ab, um seinen Nachfolger zu schwächen. Ungestraft ging er dabei sogar soweit, ein Staatsgeheimnis, den Rückversicherungsvertrag mit Russland, zu veröffentlichen. Unter diesen Umständen gab Caprivi schon 1894 resigniert auf.

Sein Nachfolger wurde der greise frühere bayerische Ministerpräsident Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, dessen beste Zeit längst vorüber war. Dieser Mann konnte nur ein Übergangskanzler sein. Tatsächlich war er allenfalls die Galionsfigur der Hofschranzen, die nun erst Recht ihren Intrigenspielen und egoistischen Machtkämpfen nachgehen konnten. Sinnvolle, zielgerichtete Politik fand unter diesen Umständen kaum noch statt. Erst ab 1897, als sich aus den Diadochenkämpfen zusätzliche Kraftzentren herauskristallisierten, erhielt der "Neue Kurs", den der Kaiser tönend angekündigt hatte, Konturen. Mit dem Bau einer gewaltigen Schlachtflotte sollte eine auftrumpfende imperialistische Großmachtpolitik ermöglicht werden, die innenpolitisch zur Sammlung aller "nationalen Kräfte" um den "herrlichen Kaiser von Gottes Gnaden" führen sollte - so jedenfalls war das Kalkül. Doch dies war nur ein Ersatz für Politik, ließ sich obendrein nicht durchhalten und lieferte mehr leere Versprechen als positive Resultate. Dafür aber zerschlug der "Neue Kurs" nun endgültig soviel Porzellan, daß das Reich zielstrebig auf eine Katastrophe zusteuerte. - Darüber demnächst

mehr.